

Eine Kritik der U-Boot-Anträge.

WTB München, 19. März. (Telegr.) Die Bayerische Staatszeitung schreibt in einer weitem Kritik der in der Frage des Unterseebootkrieges von der Konservativen und von einem Teil der Nationalliberalen Partei beim Reichstag eingebrachten Anträge:

Daß diese Anträge einen Eingriff in die Kommando-gewalt darstellen, wie man ihn bisher nie für möglich gehalten hätte, darüber läßt ihre Fassung keine Zweifel. Die Frage der Verwendung der Unterseeboote im Seerrieg muß in erster Linie ebenso wie zum Beispiel die Verwendung der schweren Artillerie des Feldheeres als eine der wichtigsten Entscheidungen militärischer Art angesehen werden und entzieht sich daher unter allen Umständen der Mitwirkung des Reichstages. Nachdem durch die bezeichneten Anträge diese Frage jedoch leider an das Parlament gebracht worden ist, darf vom Reichstag erwartet werden, daß er sich in dieser Angelegenheit auf eine vertrauliche Behandlung in der Kommission beschränkt. Denn das deutsche Volk und seine kämpfende Armee würden es nicht verstehen, wenn durch eine öffentliche Verhandlung im Plenum des Reichstages die nationalen Interessen schwer gefährdet würden. Da die gesamte Unterseebootsfrage aus naheliegenden militärischen Gründen in der Öffentlichkeit nicht erschöpfend behandelt werden kann, würde eine Erörterung dieser Angelegenheit in öffentlicher Reichstagsitzung den Schaden, der bereits durch die Einbringung des konservativen und nationalliberalen Antrags angerichtet wurde, in bedenklicher Weise vermehrt.